

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Mag. Thomas Jäger

Präsident der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiter Rohrbach

Bilanz 2025 der AK Rohrbach:

Fast 4 Millionen Euro für

Mitglieder erreicht

Pressekonferenz

Donnerstag, 19. März 2026, 9 Uhr

Arbeiterkammer Rohrbach

Das vergangene Jahr war geprägt von Krisen und Herausforderungen. Die Konjunktur schwächelte, die Inflation blieb weiterhin hoch, die Zahl der Insolvenzen stieg in Oberösterreich weiter und das Gesundheitssystem steht an der Kippe. Auch arbeitsrechtliche Verstöße und vorenthaltene Pensions- oder Pflegegeldansprüche standen auf der Tagesordnung. Im Konsumentenschutz dominierten Anfragen zum Mietrecht, zum Versandhandel sowie zu Gewährleistung und Garantie. All das sorgte dafür, dass die Beratungs- und Vertretungsleistungen der AK Oberösterreich sehr gefragt waren. Der für die Mitglieder erkämpfte Gesamtbetrag war mit 212,5 Millionen Euro so hoch wie nie zuvor.

Zu einem Beratungsschwerpunkt hat sich in den vergangenen Jahren das Thema Pflegegeld entwickelt. Häufig halten die Begutachtungen zur Einstufung der Pflegestufe einer Überprüfung nicht stand. Die AK gewinnt im Durchschnitt jeden Tag zwei Gerichtsverfahren, in denen eine höhere Einstufung festgestellt wird. Von 2021 bis 2025 ist die Zahl der Pflegegeldberatungen um 75 Prozent und die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Fälle um knapp 71 Prozent gestiegen.

Die Arbeiterkammer fordert eine Überprüfung der Begutachtungspraxis der PVA aufgrund der zahlreichen Fälle, in denen die Pflegegeld-Einstufungen der PVA von den Gerichten korrigiert werden. Aufgrund der Häufigkeit der Fälle, in denen die Einschätzung des Pflegebedarfs der PVA von den Sozialgerichten nach oben korrigiert werden, ist schon zu hinterfragen, ob die Begutachtung der PVA immer in der erforderlichen Qualität durchgeführt wird, insbesondere bei einer zum Teil sehr deutlichen abweichenden Einschätzung des Pflegebedarfs.

Mietrecht, Versandhandel und Kreditbearbeitungsgebühren

Im Konsumentenschutz gab es die meisten Anfragen zum Mietrecht und zu gemeinnützigem Wohnen, zum Versandhandel, zu Gewährleistung und Garantie sowie zu Kreditbearbeitungsgebühren. Einen Erfolg verbuchte die AK mit ihrem Einsatz gegen die Parkplatz-Abzocke wegen angeblicher Besitzstörung. Hier wurde eine Gesetzesänderung erreicht. Erfolgreich war auch eine Klage gegen den Online-Riesen Zalando: Das Oberlandesgericht Linz hat die Vertragsklausel, dass Gutscheine nach fünf Jahren wertlos sind, als rechtswidrig befunden. Auch die Einschränkung, dass pro Kauf nur Gutscheine im Wert von 200 Euro eingelöst werden können, widerspricht dem Gesetz.

Fragen zur Aus- und Weiterbildung

Bildungsberatungen stehen bei den AK-Mitgliedern ebenfalls hoch im Kurs und drehen sich häufig um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Förderung von Bildungsvorhaben.

Knapp 19.000 Rechtsfälle abgeschlossen

In Summe wandten sich im vergangenen Jahr 328.242 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Knapp 19.000 Rechtsfälle in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren und im Konsumentenschutz wurden gerichtlich oder außergerichtlich abgeschlossen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2025 für ihre Mitglieder mehr als 212 Millionen Euro erreichen.

AK-Direktleistungen an die Mitglieder

Die AK Oberösterreich hat ihre Mitglieder auch im vergangenen Jahr direkt und unkompliziert finanziell unterstützt:

- Neu eingeführt wurde im Juli der Mundhygienebonus. Hier erhält jedes Mitglied (ab 18 Jahren) für die Zahnprophylaxe einmalig 50 Euro, die Aktion läuft bis Juni 2026. Bisher wurden 42.254 Anträge freigegeben und eine Summe von 2.112.700 Euro ausgeschüttet.
- Abgeschlossen wurde im Juli 2025 der im September 2024 eingeführte AK-Klassenfahrtsbonus. Damit entlastete die AK Oberösterreich ihre Mitglieder bei den Beiträgen für kostenpflichtige Wandertage, Kennenlertage, Skikurse oder Sprachwochen. Der Klassenfahrtsbonus wurde insgesamt 31.331-mal gewährt. Die Fördersumme betrug 4.644.150 Euro.
- Lehrlingen gewährt die AK den Mobilitätsbonus in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket Netz des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus, der bisher 15.817-mal gewährt wurde, sollen die jungen Menschen zur häufigeren Öffi-Nutzung motiviert werden.
- Den Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining für Mitglieder unter 26 Jahren in Höhe von 100 Euro hat die AK Oberösterreich im vergangenen Jahr 5.139-

mal ausbezahlt. Mit ihm soll die Mobilität junger Menschen gefördert werden.

- Der AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro, mit dem die AK die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder fördert, wurde im vergangenen Jahr 4.519 Personen gewährt.

Thema Gesundheit ist wichtig

Auch das Thema Gesundheit lag den AK-Mitgliedern im Bezirk Rohrbach sehr am Herzen. Nur mehr 46 Prozent der Befragten im Mühlviertel sind mit unserem Gesundheitssystem zufrieden. Jene Personen, die an chronischen Erkrankungen leiden, betrachten das Gesundheitssystem noch kritischer. Oberösterreichweit stellen nur 38 Prozent dieser Gruppe der Gesundheitsversorgung ein positives Zeugnis aus, im Vergleich zu 48 Prozent derjenigen, die an keinerlei chronischen Beschwerden leiden.

58 Prozent der Befragten aus dem Mühlviertel fühlen sich durch das lange Warten auf einen Termin bei einer Fachärztin oder einem Facharzt, für eine Untersuchung oder für eine Operation stark oder sehr stark belastet. Patient:innen, die es sich leisten können, weichen auf Wahlärzt:innen aus, auch private Krankenversicherungen boomen. 7 Prozent der Menschen im Mühlviertel suchen ausschließlich oder überwiegend Wahl- und Privatärzt:innen auf und begründen das damit, dass sie dort schneller einen Termin bekommen, sich besser aufgehoben fühlen und nicht einfach „abgefertigt“ werden. Die AK Oberösterreich fordert deshalb die politischen Entscheidungsträger:innen auf, endlich etwas gegen diesen zunehmenden Trend zur Zwei-Klassen-Medizin zu unternehmen.

AK Rohrbach half im vergangenen Jahr mehr als 3.900 Mal

Aktuell sind im Bezirk Rohrbach 22.861 AK-Mitglieder mit Hauptwohnsitz gemeldet. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Rohrbach findet großen Anklang bei den Mitgliedern. Das zeigt auch die Statistik. Im Jahr 2025 wandten sich Rat- und Hilfesuchende 3.942 Mal an die AK Rohrbach: in 2.485 Fällen telefonisch, in 1.209 Fällen persönlich (inklusive 31 Bildungsberatungen) und in 248 Fällen per E-Mail.

Fast 4 Millionen Euro für AK-Mitglieder

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss dann bei den Arbeitgebern intervenieren. Außergerichtlich hat die AK Rohrbach 253.138 Euro an vorenthaltenem Entgelt im Jahr 2025 hereingebracht. Manche Arbeitgeber lassen es aber auf einen Streit vor Gericht ankommen, dort erkämpfte die AK Rohrbach im vergangenen Jahr für ihre Mitglieder 43.946 Euro. Insgesamt sind das 297.084 Euro.

Von den insgesamt 52 Arbeitsrechtsfällen stammt mit 40 Fällen und somit 76,9 Prozent die überwiegende Mehrheit aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer:innen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts ist. Hauptsächlich Gründe dafür waren offenes Entgelt (21), Endabrechnungsdifferenzen (18) von beendeten Arbeitsverhältnissen sowie unbegründete Entlassungen (9).

In 106 Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Rohrbach im vergangenen Jahr 2.577.434 Euro. Dabei ging es überwiegend um die Themen Pension und Pflegegeld. Zusätzlich wurden 2025 für 38 Arbeitnehmer:innen aus 4 insolventen Betrieben im Bezirk Rohrbach 1.103.361 Euro durchgesetzt.

In Summe hat die AK Rohrbach im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 3.977.879 Euro erreicht. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

AK kämpft um jeden Euro

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder macht die Arbeiterkammer keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beträge handelt. So erkämpfte die AK Rohrbach nach einer Intervention einen Betrag von 62 Euro für eine Frau, die einen Tag bei einer Firma beschäftigt war und ihr Entgelt nicht erhielt. Den höchsten Betrag, nämlich 30.000 Euro, erreichte die AK Rohrbach für einen Beschäftigten eines Textilbetriebes, der nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Abfertigung nicht bekommen hatte.

Ein Fall aus dem Arbeitsrecht

Ein Mann, der in Budweis lebt, war als LKW-Fahrer bei einer Firma beschäftigt. Als der 65-Jährige einmal krank wurde, meldete er das sofort seinem Arbeitgeber und schickte auch die tschechische Krankmeldung. Der Firmenchef teilte ihm daraufhin mit, dass er diese nicht akzeptiere und meldete den LKW-Fahrer einstweilen ab. Der Mann solle sich wieder melden, wenn er gesund sei. Tatsächlich wurde der 65-Jährige mit einem unberechtigten vorzeitigen Austritt abgemeldet. Eine Arbeits- und Entgeltbestätigung wurde auch nicht übermittelt, sodass der Mann auch kein Krankengeld von der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) beziehen konnte. Er stand monatelang ohne Geld da. Da dieses Vorgehen rechtswidrig war, machte die AK Rohrbach für den Arbeitnehmer eine Entgeltfortzahlung geltend und verlangte vom Arbeitgeber, er möge zur Berechnung des Krankengeldes eine Arbeits- und Entgeltbestätigung an die ÖGK übermitteln. Da der Firmenchef dazu nicht bereit war, klagte die AK Rohrbach. Mit Erfolg! Der Arbeitgeber leistete schließlich die Entgeltfortzahlung, übermittelte die Arbeits- und Entgeltbestätigung und änderte den Abmeldegrund auf Kündigung durch den Arbeitgeber.

Ein Fall aus dem Sozialrecht

Eine 65-jährige Frau aus dem Bezirk Rohrbach, die unter Demenz leidet und Depressionen hat, wird von ihrem Ehemann und ihrer Tochter im gemeinsamen Haus gepflegt. Weil sich ihr Gesundheitszustand stark verschlechterte, suchte die Familie bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) um eine Erhöhung der Pflegestufe 2 an. Die PVA bewilligte Pflegestufe 3. Die Angehörigen ließen den Pflegeaufwand durch die AK Rohrbach prüfen. Sie brachten vor, dass sich die 65-Jährige ohne fremde Hilfe nicht mehr im Haushalt bewegen kann und auch die selbstständige Einnahme von Mahlzeiten nicht mehr möglich sei. Das alles war von der PVA nicht berücksichtigt worden. Schließlich wurde gegen den PVA-Bescheid geklagt und nach einer erneuten Begutachtung eines gerichtlich beeideten Sachverständigen erkannte das Gericht der Frau Pflegestufe 5 zu.

AK Rohrbach – Serviceangebot

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 7:30 Uhr bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: während der Öffnungszeiten nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906-4912

Telefonische Beratung: während der Öffnungszeiten unter der Telefonnummer +43 (0)50 6906-1 – aus ganz Österreich

Bildungsberatung: jeden zweiten Mittwoch nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906 4912

Kontaktdaten:

4150 Rohrbach, Ehrenreiterweg 17

Tel: +43 (0)50/6906-4912

Homepage: oe.arbeiterkammer.at/rohrbach

E-Mail: rohrbach@akoee.at